

Krakauer Zeitung.

Nr. 239. Donnerstag, den 18. October

1860.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abon-
nementspreis: für Krakau 4 fl. 20 Mrt., mit Versendung 5 fl. 25 Mrt. — Die einzelne Nummer wird mi-
9 Mrt. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergehalften Seite für
Nrt. — Insert-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Ent-
scheidung den f. f. Obersten und Kommandanten des
ersten Genie-Regiments, Franz Baitzel, in den Adelstand des
Deutschischen Kaiserstaates mit dem Prädikat „von Egbel“
allerhöchstig zu erheben geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Ent-
scheidung vom 6. Oktober d. J. allerhöchstig zu gestalten ge-
ruht, daß den gewesenen Provinzial-Schul-Inspektoren Dr. De-
mico Nob. Angeloni-Barbiani zu Venezia, Biagio Bo-
bra zu Padua, r. Giambattista Nob. Clementi zu Vicenza
und Marino Nob. Paganini zu Belluno für ihr langes, eifriges
und erprobliches Wirken im Interesse der Schule, das Aller-
höchste Wohlgefallen ausgedacht werde.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Ent-
scheidung vom 5. Oktober d. J. an der Universität in Pest zum
Professor der Pastoraltologie den theologischen Professor zu
Karlsburg, Dr. Theodor Berich, und zum Professor der Kir-
chengeschichte den theologischen Professor zu Hünfthirchen, Dr.
Franz Laubheimer, allerhöchstig zu ernennen geruht.

Der Minister des Innern hat den disponenten Landesratsh.
Martin Woytach, zum Stathalter-Sekretär im Status der
Mährisch-Schlesischen Stathalterei ernannt.

Der Justizminister hat den Kreisgerichtsrath in Korneuburg,
Franz Peiller, zum Landesgerichtsrath in Wien ernannt.

Der Minister für Kultus und Unterricht hat den Direktor
der Haupt- und Unter-Schule in Waraddin, Franz Klais,
zum Direktor der Musterhauptschule sammt der Lehrerbildungs-
anstalt in Agram ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 18. October.

Wie der Pariser Correspondent der „N.P.Z.“ mittheilt, ist Hr. v. Lagueroniére der Verfasser des vielbesprochenen Artikels im „Constitutionnel“. Aus

den treffenden Bemerkungen des Corr. über dieses Ela-

borat heben wir folgende hervor: Mehr als seltsam

klingt die Behauptung des Hrn. de Lagueroniére, daß

Garibaldi die Verantwortlichkeit der piemontesischen Re-

gierung nicht engagirt habe, während es doch Thassach-

wären, daß Garibaldi seine Decrete im Namen Vic-

tor Emanuel's erließ, daß er unmittelbar mit dem Rö-

nige Briefe wechselte, daß er offizielle und offizielle

Sendunge aus Turin empfing, daß alle militärischen

Streitkräfte in Sardinien organisiert wurden usw. Am

Schluss des Artikels wird auf die Notwendigkeit ei-

nes Congresses hingewiesen, dem es allein zustehet,

die Regierungen, welche die internationalen Rechte ver-

legen, zur Ordnung zu rufen. Abgesehen davon, daß

ein Congres gerade durch die Proklamierung jener re-

volutionären Doctrinen platterdings unmöglich gewor-

den ist, darf man die Behauptung, nur ein Congres

dürfe dem Könige von Sardinien entgegentreten, eine

lächerliche nennen, besonders in den Spalten eines

Blattes, das sich breit mache mit der Thatsache, daß

Frankreich trotz Europa's zu Gunsten Piemonts in

Italien gegen Österreich intervenirt habe, und das erst

vor drei Monaten stolz ausrief, auch trotz Europa's

würde Frankreich seine Truppen nach Syrien gesickt

haben. Wäre es der französischen Regierung Ernst

mit ihrem Borne gegen Victor Emanuel, sie bedürfte

nicht der Erlaubniß eines Congresses — sie würde auch

schwerlich darum nachsuchen — um dem Helden von

Turin ein Halt zuzurufen. Die „Donau-Ztg.“ wirft

in einem denselben Gegenstand betreffenden Artikel der

Frage auf, welch ein Unterschied denn bestehet zwischen

dem räuberischen Einfall in den Kirchenstaat, und je-

nem in das Königreich Neapel und warum denn nicht

schon damals das Verdammungsurteil über Sardinien

gesprochen worden.

Ein preußischer Protest in Turin, schreibt

man der „K. Ztg.“ aus Berlin, ist bekanntlich nicht

erfolgt und auch sobald nicht zu erwarten. Es sind

dadurch lebhafte Vorstellungen gegen die Schritte Sar-

diniens in selbständiger Weise nicht ausgeschlossen.

In diplomatischen Kreisen wird versichert, daß man

nach aus Turin hieher gelangten Nachrichten dort nach

vorhergegangenen mündlichen Mittheilungen einer preu-

ßischen Kundgebung in diesem Sinne, Depesche oder

Note, entgegenstehen. Eine Abberufung des Gesandten

wird dagegen nach allem, was verlautet, vorerst nicht

erfolgen. Der „Schl.Ztg.“ wird hierüber aus Berlin ge-

schrieben: Die nach Turin bestimmte Note sollte das

sardinische Memorandum vom 12. September über das

Einfall in den Kirchenstaat, welches eine vorläufige

Beantwortung wohl schon erhalten hatte, in mehr ein-

gehender Weise beantwortet und selbstverständlich Vor-

stellungen wegen der letzten Maßnahme der sardinischen

Regierung machen. Die Note wird die rechtliche Seite

der Frage vorwiegend ins Auge fassen und es an leb-

hafter Darlegung nicht fehlen lassen. Aber selbst diese

Note ist erst nach der Besprechung des Herrn v. Schle-

nius und Lord John Russell in Coblenz und mit dem

scheint, daß Frankreich neuerdings wieder Anstrengun-

gen macht, um von dem in der Broschüre: „Der

worden. Die Coblenzer Conferenz hat im Allgemeinen eine Uebereinstimmung Preußens und Englands sowohl über die orientalische als die italienische Angelegenheit hervortreten lassen. Preußen faßt allerdings die rechtliche und principielle Seite der Frage anders auf als England, was indessen seiner zuwartenden Haltung keinen Abbruch thun wird. Dies wird auf der Warschauer Conferenz noch mehr hervortreten.

Der Pariser Correspondent der „A.A.Z.“ schreibt: Es heißt wohl nur mit den Worten spielen, wenn gewisse Blätter in vollem Ernst die positive Thatsache in Abrede stellen, daß die nordischen Großmächte gegen den Einfall von Piemonten in das Königreich beider Sicilien protestirt haben. Allerdings ist die Sache nicht so zu verstehen daß sie bereits die Zeit gehabt hätten über eine Invasion, welche erst vor einigen Tagen erfolgte, von St. Petersburg und Berlin schon eine schriftliche Verwahrung in Turin einzulegen. Russland und Preußen sollen dagegen bereit durch ihren respectiven Geschäftsträger und Gesandten sichreidenden Verlehung des Völkerrechts nicht ruhig zu stellen würden, sondern daß die drei nordischen Höfe gemeinschaftlich berathen wollen was unter den obwalten Umständen zur Wahrung des europäischen Staatsystems zweckmäßig erscheine. Inzwischen ist bereits der hier anwesende Graf von Stackelberg aus St. Petersburg verständigt worden, er werde auf seinen Posten nach Turin nicht mehr zurückkehren. Österreich, welches keine diplomatischen Beziehungen mit Piemont unterhält, hat bis zur Stunde sich enthalten irgend eine Erklärung oder Protestation in Turin abzugeben.

Der „Herald“ spricht sich über das Vorgehen des Königs Victor Emanuel mit Entrüstung aus. Schon klingt die Behauptung des Hrn. de Lagueroniére, daß Garibaldi die Verantwortlichkeit der piemontesischen Regierung nicht engagirt habe, während es doch Thassach- wissen würden, daß Garibaldi seine Decrete im Namen Victor Emanuel's erließ, daß er unmittelbar mit dem Rö- nige Briefe wechselte, daß er offizielle und offizielle Sendunge aus Turin empfing, daß alle militärischen Streitkräfte in Sardinien organisiert wurden usw. Am Schluss des Artikels wird auf die Notwendigkeit ei- nes Congresses hingewiesen, dem es allein zustehet, die Regierungen, welche die internationalen Rechte ver- legen, zur Ordnung zu rufen. Abgesehen davon, daß

ein Congres gerade durch die Proklamierung jener re- evolutionären Doctrinen platterdings unmöglich gewor- den ist, darf man die Behauptung, nur ein Congres

dürfe dem Könige von Sardinien entgegentreten, eine

lächerliche nennen, besonders in den Spalten eines

Blattes, das sich breit mache mit der Thatsache, daß

Frankreich trotz Europa's zu Gunsten Piemonts in

Italien gegen Österreich intervenirt habe, und das erst

vor drei Monaten stolz ausrief, auch trotz Europa's

würde Frankreich seine Truppen nach Syrien gesickt

haben. Wäre es der französischen Regierung Ernst

mit ihrem Borne gegen Victor Emanuel, sie bedürfte

nicht der Erlaubniß eines Congresses — sie würde auch

schwerlich darum nachsuchen — um dem Helden von

Turin ein Halt zuzurufen. Die „Donau-Ztg.“ wirft

in einem denselben Gegenstand betreffenden Artikel der

Frage auf, welch ein Unterschied denn bestehet zwischen

dem räuberischen Einfall in den Kirchenstaat, und je-

nem in das Königreich Neapel und warum denn nicht

schon damals das Verdammungsurteil über Sardinien

gesprochen worden.

Ein preußischer Protest in Turin, schreibt

man der „K. Ztg.“ aus Berlin, ist bekanntlich nicht

erfolgt und auch sobald nicht zu erwarten. Es sind

dadurch lebhafte Vorstellungen gegen die Schritte Sar-

diniens in selbständiger Weise nicht ausgeschlossen.

In diplomatischen Kreisen wird versichert, daß man

nach aus Turin hieher gelangten Nachrichten dort nach

vorhergegangenen mündlichen Mittheilungen einer preu-

ßischen Kundgebung in diesem Sinne, Depesche oder

Note, entgegenstehen. Eine Abberufung des Gesandten

wird dagegen nach allem, was verlautet, vorerst nicht

erfolgen. Der „Schl.Ztg.“ wird hierüber aus Berlin ge-

schrieben: Die nach Turin bestimmte Note sollte das

sardinische Memorandum vom 12. September über das

Einfall in den Kirchenstaat, welches eine vorläufige

Beantwortung wohl schon erhalten hatte, in mehr ein-

gehender Weise beantwortet und selbstverständlich Vor-

stellungen wegen der letzten Maßnahme der sardinischen

Regierung machen. Die Note wird die rechtliche Seite

der Frage vorwiegend ins Auge fassen und es an leb-

hafter Darlegung nicht fehlen lassen. Aber selbst diese

Note ist erst nach der Besprechung des Herrn v. Schle-

nius und Lord John Russell in Coblenz und mit dem

scheint, daß Frankreich neuerdings wieder Anstrengun-

gen macht, um von dem in der Broschüre: „Der

Papst und der Congres“, ausgesprochenen Programme des Kaisers so viel zu retten, als noch zu retten ist. Man versucht, den Papst noch in letzter Stunde mit der italienischen Bewegung zu verbünden. Dies soll geschehen, indem Frankreich dem heiligen Stuhle zunächst den Besitz des Erbgutes vom heiligen Petrus sichert und so ist es zu verstehen, daß die französische

Bewahren Sardinien betrifft, so macht sie nun, da man sie in Extensio kennt, einen noch viel schlummernden Eindruck als der Auszug, den der Telegraph uns übermittelt hatte. Sie schreibt den Völkern das Recht zu, nicht einmal bloß aus Interesse, sondern auch aus Leidenschaft Revolution zu machen und ihre angestammten Dynastien zu vertreiben. So weit ist der politische Egoismus doch noch niemals getrieben worden! Diese Aufstellung des „Constitutionnel“, der sie nimmermehr aus sich selbst gewagt haben kann, verleiht der Note

ihnen drohenden Charakter im Angesicht der bevorstehenden Monarchenkonferenz zu Warschau, und daß sie wesentlich diesen Character hat, das wird auch durch die neueste, mittelst des Telegraphen bekannte Sprache der Turiner „Opinione“, des Leibjournals Cavour's, bewiesen.

General Lamoricière französische Unterstützung in Aussicht gestellt worden, sei falsch. Das „Giornale di Roma“ hat immer nur die tatsächliche Wahrheit gegeben, eine Eigenschaft, welche kein Mensch diesseits des Rheins dem „Moniteur“ zuschreiben wird. Was die Note des „Constitutionnel“ rücksichtlich des neusten Verfahrens Sardinien betrifft, so macht sie nun, da man sie in Extensio kennt, einen noch viel schlummernden Eindruck als der Auszug, den der Telegraph uns übermittelt hatte. Sie schreibt den Völkern das Recht zu, nicht einmal bloß aus Interesse, sondern auch aus Leidenschaft Revolution zu machen und ihre angestammten Dynastien zu vertreiben. So weit ist der politische Egoismus doch noch niemals getrieben worden! Diese Aufstellung des „Constitutionnel“, der sie nimmermehr aus sich selbst gewagt haben kann, verleiht der Note

ihnen drohenden Charakter im Angesicht der bevorstehenden Monarchenkonferenz zu Warschau, und daß sie wesentlich diesen Character hat, das wird auch durch die neueste, mittelst des Telegraphen bekannte Sprache der Turiner „Opinione“, des Leibjournals Cavour's, bewiesen.

Verhandlungen des verstärkten Reichsrates.

Sitzung am 14. September 1860.

(Fortsetzung.)

Reichsrath Dr. Hein stellte den Antrag auf den Schluss der Debatte mit dem Bemerkern, daß er als Fachmann auf dem gegenwärtigen Felde der Kontroverse seine Meinung äußern könnte; allein das Justizministerium habe keine Gesetzesvorlage gemacht und es scheine daher überflüssig zu sein, in alle diese Fragen einzugehen.

Se. kais. Hoh. der Herr Erzherzog Reichsrath Präsident forderte diejenigen der Herren Reichsräthe, welche den Antrag des Dr. Hein unterstützen, auf, sich zu erheben. Es ergab sich für diesen Antrag

Organe zu vernehmen, die in dieser Hinsicht möglichen sein dürften, so ist dasselbe auch bei der Organisation der Justiz der Fall."

Se. kais. Hoheit der Herr Erzherzog Reichsrath-Präsident: „Sie wünschen, daß eine prinzipielle Erörterung am Schluß der Verhandlungen erfolge?"

Graf Apponyi: „Ich glaube, daß die Frage selbst, ob diese praktischen Änderungen in der Justiz zu geschehen haben, dem Schluß vorbehalten werden kann. Über ich vermag die Auskunft, die von Seite des Justizministeriums gegeben worden ist, nicht ohne Widerlegung zu lassen. Wir kommen eben in eine mißliche Lage dadurch, daß mehrere Herren Reichsräthe sich in Auseinandersetzungen und Details eingelassen haben, die deswegen mißverstanden werden können, weil andere sich streng an die Tagesordnung halten, wodurch es den Anschein gewinnt, als wären Letztere mit der Sache einverstanden und damit zu frieden."

„Ich wollte die Tagesordnung nicht verlassen und keine Diskussion über diesen Gegenstand herbeiführen. Es scheint aber durch die Erklärung des Herrn Ministers, als wäre die Sache acceptirt, daß dann im Systeme befolgt werden sollte. Aber gerade weil man sie als so vollendet darstellt, muß ich mich dagegen verwahren, als würde ich zusammen, da ich hier nicht den Ort zu einer solchen Diskussion finde."

Graf Szécsen: „Ich schließe mich der Ansicht des Herrn Grafen Apponyi an, dem gemäß eine prinzipielle Erörterung erst bei der Beratung des Schlusstantrags am Platze sein wird. Das Komité hatte bei der Beratung über das Justiz-Budget nur die gegenwärtige Organisation der Justiz im Auge und konnte daher in dieser Richtung eine Herabsetzung des Budgets nicht beantragen. Alles, was weiter gesagt worden ist, war entweder die Entwicklung individueller Ansichten ohne bestimmte Anträge, oder es waren, wie Graf Apponyi bemerkte, Andeutungen lüftiger Veränderungen, die mit diesem speziellen Punkte in keiner Verbindung stehen."

„Ich schließe mich dem Antrage des Grafen Apponyi an, da ich den Schein zu vermeiden wünsche, als ob anderen Fragen durch diese Erörterungen vorgegriffen werden sollte. Ich erlaube mir daher in diesem Sinne den Schluß der Debatte zu beantragen." Se. kais. Hoheit der Reichsrath-Präsident forderte jene Herren, welche dem zuletzt von dem Herrn Grafen Szécsen gestellten Antrage bestimmt, auf, sich zu erheben. Der Antrag wurde mit absoluter Majorität angenommen.

Se. kaiserliche Hoheit der Herr Erzherzog Reichsrath-Präsident erklärte hierauf die Sitzung für geschlossen.

Sitzung vom 15. September.

Nachdem Se. kais. Hoheit der durchl. Herr Erzherzog Reichsrath-Präsident die Sitzung eröffnet hatte, ergriff Reichsrath Bischof von Schaguna das Wort zu folgender Neußerung: „Ich nehme mir die Freiheit eine Berichtigung vorzubringen. Ich bemerkte gestern auf die von Herrn Reichsrath Jakabb gemachte Erklärung, die Bevölkerung Siebenbürgens wünsche die frühere nationale Eintheilung des Landes, daß die rumänische Nation eine solche Eintheilung des Landes, wie sie bis zum Jahre 1848 bestand, nicht wünschen könne, weil sie bis zum Jahre 1848 nicht gleichberechtigt war.

Auf diese meine bescheidene Neußerung erwiderte der Herr Reichsrath Jakabb, daß die rumänische Nation durch einen Beschluß vom J. 1848 die Gleichberechtigung mit den übrigen Nationen erhalten hätte, daher ich mit Bezug auf meine in der Sitzung vom 21. Juni d. J. abgegebene Neußerung, daß die rumänische Nation im J. 1848 die Gleichberechtigung mit ihrem Blute erkauft, bemerkte muß, daß die erwähnte Erwiderung des Herrn Reichsrath Jakabb der hohen Versammlung Unrecht zur Vermuthung geben könnte, ein derlei Gesetz oder Beschluss wäre in Siebenbürgen aus dem Jahre 1848 vorhanden und daß ich in meiner Neußerung vom 21. Juni d. J. etwas vorzubringen mir erlaubte, was nicht in der Wahrheit begründet wäre.

„Indem es aber im Interesse der gerechten Sache ist, eine dem Sachverhalte entsprechende Neußerung dem hohen Reichsrath zu erstatte, so kann ich nicht umhin zur Kenntnis der hohen Versammlung zu bringen, daß ich gleich gestern den Herrn Reichsrath v. Jakabb ersuchte, das betreffende Landtagsgesetz oder den schriftlichen Landtagsbeschluß des Jahres 1848 mir bekannt geben zu wollen; worauf ich die schriftliche Antwort erhielt, daß das die Gleichberechtigung betreffende Gesetz in das Herz eines jeden Siebenbürgers geschrieben wäre.

„Aus dieser Neußerung beliebt der hohe Reichsrath gefüllt zu erscheinen, wer sich der Wahrheit und der Wirklichkeit der bestehenden Thatsachen entsprechend gestäuft hat." Reichsrath v. Jakabb: Ich kann nicht ergründen, woher diese Besorgnisse des Herrn Bischofs Schaguna bezüglich der rumänischen Nation Siebenbürgens stammen.

„Se. Exzellenz ist besorgt für die Gleichberechtigung der rumänischen Nation Siebenbürgens. Ich seze meine Person zurück; aber das ganze Land Siebenbürgen, alle Nationen erklären bei jeder Gelegenheit, daß sie die Gleichberechtigung der rumänischen Nation anerkennen. Se. Exzellenz befürchtet, daß man dies nicht wirklich und in der That zu thun beabsichtige.

Allein Alle erkennen sie an, und man wäre fast versucht, aus den Worten des Herrn Bischofs zu schlie-

ßen, daß Se. Exzellenz diese Anerkennung nicht wünschen, sonst würden Sie sich in diese Erklärung der Nation fügen.

„Von der Theilung Siebenbürgens war gestern die Rede; aber ich will Siebenbürgen nicht nach Nationalitäten eintheilen.

Eine solche Eintheilung des Landes nach Nationalität ist schon früher, vor 1000 Jahren unternommen und durchgeführt worden; ich fühle mich nicht berechtigt den Antrag zu stellen, daß man ein Gleches auch jetzt wiederholen solle.

„Ich berührte blos die politische Eintheilung des Landes im Gegensatz zu derjenigen, wie sie von den Behörden vorgenommen wurde, welch letztere so wenig, daß ich mich berufen fühlte, meine Besorgnisse auszudrücken und darauf anzutragen, daß man mit einer weiteren Eintheilung der Lemter bis zur definitive Regelung der Administration und bis zur definitive Organisirung einholen solle.

„Ich glaube nicht weiter eingehen zu sollen in die Erörterung jener Consequenzen, welche der Herr Reichsrath von Schaguna aus der Anführung der Kopszahl der in Siebenbürgen bestehenden Nationalitäten, welche Forderung Se. Exzellenz wohl gedacht, aber nicht klar und offen auseinandergesetzt hat, abzuleiter versucht.

„Ich glaube — wenigstens muß ich es vermuten, und nach den Besorgnissen des Herrn Bischofs urtheilen, — daß derselbe in Siebenbürgen eine neue Eintheilung nach Nationalitäten wünsche.

Ich aber muß hierauf nur bemerken, daß die Seiten der Ländereintheilung vorüber sind. Der Geist der Zeit ist jener der „Vereinigung."

„Diesen Grundsatz hat Se. Majestät unser allernäsigste Kaiser und Herr auf seine Fahne geschrieben mit dem Wahlspruch „Viribus unitis."

„Und da wir dieser Fahne folgen, erkläre ich meinseits und kann es auch im Namen Siebenbürgens erklären, — daß dieses Land die Theilung nicht nochmals vornehmen will.

„Se. Exzellenz sollen für die rumänische Nation und ihre Zukunft keine Besorgnisse hegen, sondern wie ich es lebhaft wünsche, die jugendlich kräftige — und wenn sie nicht etwa durch allzu viele Hofmeisterei verleitet und versucht wird — auch häusliche und sittliche rumänische Nation als eine mit dem schönsten Schmuck des jetzigen Zeitalters, mit der Gleichberechtigung ausgestattete Braut den übrigen Nationen Siebenbürgens entgegenführen und sie mit ihnen vermählen, dann wird man sie mit allen Rechten und Pflichten, welche die übrigen Nationen dosch für sich haben und noch weiter anstreben gern bescheiden und mit ihr ohne je an Trennung zu denken, für Gott, Kaiser und Vaterland leben und sterben."

Reichsrath Bischof von Schaguna: „Ich erkläre mich ganz einverstanden mit der patriotischen Aeußerung des Herrn Reichsrathes v. Jakabb; nur muß ich bedauern, daß nicht der angeregte Gegenstand im Auge behalten wurde."

Reichsrath v. Jakabb: „Zu dem schon Gesagten muß ich nur noch hinzufügen, daß auch das Gesetz in Siebenbürgen, welches die Gleichberechtigung ausspricht, unerwünschungen war; dies ist eine Thatsache, von der ich vollkommen in Kenntniß bin, und die sich nicht leugnen läßt. Wenn dieses Gesetz nicht schriftlich existiert, kann hiesfür weder ich noch sonstemand in Siebenbürgen.

„Das Gesetz ist übrigens — ich wiederhole nur das gestern schon in meinem Privatschreiben Bemerkte — in das Herz jedes Siebenbürgers eingegraben, daß Niemand das Recht hat, es zu widerrufen oder Unrecht zu nehmen zu erklären, daß das Gesetz nicht gegeben worden sei."

Se. kais. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Reichsrath-Präsident forderte hierauf den Herrn Berichterstatter auf, mit der Vorlesung des Berichtes fortzufahren:

Der Herr Reichsrath Graf Szécsen liest die folgende Stelle des Berichtes:

„Das Comité hat im weiteren Verlaufe seiner Arbeiten sowohl aus dem den Voranschlag des Ministeriums der Finanzen pro 1861 einleitenden Summarium, als auch aus dem diesen Voranschlag an Se. k. k. Majestät geleitenden allerunterthänigsten Vortrage des k. k. Finanzministeriums vom 29. Juni 1860, B. 2816, sich zu überzeugen vermocht, daß auch in diesem Zweige der öffentlichen Verwaltung eine Beschränkung des früher beanspruchten Aufwandes angestrebt wurde, welche im Vergleiche mit dem Vorjahr 1860 eine Ersparnis von 802.300 fl. erzielen soll.

„Weitere Ersparnisse, welche bei den dem Finanzministerium unterstehenden Verwaltungszweigen noch eintreten dürften, werden in dem obgedachten Vertrage des k. k. Finanzministeriums in Aussicht gestellt und eventuell mit der Gesamtsumme von 400.000 fl. bezeichnet. Aber selbst die tatsächliche Verwirklichung dieser theils schon eingeleiteten, theils erst anzuhoftenden Ersparnisse, nach welcher der für die Finanzverwaltung erforderliche Aufwand noch immerhin die Gesamtsumme von 23.728.800 fl. eventuell 23.328.700 fl. in Anspruch nehmen würde — eine Zifferhöhe, welche bei der gegenwärtigen Finanzlage der Monarchie immer noch als eine bedenklich erscheinen muß, — konnte dem Comité kaum als ein die Zukunft sicherstellendes Ergebnis im Reichshaushalte gelten.

„Se. Exzellenz ist besorgt für die Gleichberechtigung der rumänischen Nation Siebenbürgens. Ich seze meine Person zurück; aber das ganze Land Siebenbürgen, alle Nationen erklären bei jeder Gelegenheit, daß sie die Gleichberechtigung der rumänischen Nation anerkennen. Se. Exzellenz befürchtet, daß man dies nicht wirklich und in der That zu thun beabsichtige.

„Indem das Comité zuvörderst die Erfordernisse der Centralleitung in's Auge fasste, mußte sich ihm im Allgemeinen die Frage aufdrängen, ob die auffallende Höhe des Personalstandes und des hieraus resultirende-

den Aufwandes pr. 613.377 fl. oder mit Bezug auf Begünstigungsjahre und Pensionen pr. 704.307 fl., welche zu dem der anderen Ministerien zum Beispiele dem des Innern, kaum in ebenmäßiger Verhältniss stehen dürfte, hauptsächlich durch den Umfang der ihm obliegenden Geschäftsbereiche gerechtfertigt sei? — ob durch ersprechliche Veränderungen im Verwaltungsorganismus, durch Vereinigung in der Geschäftsbewandlung, insbesondere durch Beschränkung des statischen und sonstigen Tabellenwesens, der periodischen Eingaben auf das unumgänglich nothwendige Maß u. s. w. nicht auch eine Verminderung des Aufwandes an Arbeit und somit an Arbeitsmangel, durch zweckmäßige Verringerung der Geschäftslast auch eine Veränderung der Zahl des Personalstandes und somit eine Ersparung für die Staatsfinanzen zu gewährten oder anzubahnen sei?

„Der Herr Leiter des Finanzministeriums erklärte sich auf ovige Anfragen dahin, daß, da alle bei der gegenwärtigen Sachlage irgend zulässige Beschränkungen des Personalstandes bereits durchgeführt und im Voranschlag pro 1861 berücksichtigt seien, eine weitere Reduktion desselben zwar wünschenswerth, aber in der nächsten Zeit nicht ausführbar sei, ohne das Interesse des Dienstes zu gefährden. Ein Vergleich mit dem Status anderer Ministerien, namentlich dem des Innern, sei unstatthaft, weil die maßgebenden Grundlagen bei den verschiedenen Ministerien auch ganz verschieden seien.

Die Centralleitung jedes Ministeriums sei der Spiegel und die Zusammenfassung der von den unteren Organisationen desselben ausgewählten Geschäftspereipherie. Die Basis, auf der die unteren Finanzbehörden zu wirken haben, sei eine viel breitere und in zahlreichere Bezirke abgezweigte, als beispielweise jene des Ministeriums des Innern. Allerdings habe das Ministerium der Finanzen für eine entferntere Zukunft die Absicht, durch Regelung der Wirkungskreise der Dependence seines Ressorts, durch Vereinfachung der Geschäftsbewandlung, durch Vereinigung einiger Unterbehörden u. s. w. jene Einleitungen zu treffen, von welchen eine wohlthätige, die Anforderungen der Sparsamkeit verhindrende Rückwirkung auch auf die Centralleitung zu gewährten sei. In dem gegenwärtigen Augenblick jedoch sei das bei fast unverminderter Geschäftslast irgend Erreichbare bereits geschehen. Die Anzahl der Sektionen dieses Ministeriums sei von 7 auf 5, die der Departements von 40 auf 38, zuletzt auf 34 herabgemindert worden, und dies Angefüht einer Geschäft-Agenda, die sich jährlich auf 92.000 Nummern verläufe und nebst dem eigenen viel verzweigten Geschäft-Ressort noch die wichtigsten Angelegenheiten des vorbestandenen Landeskultur-Ministeriums (darunter die verwickelten Forstangelegenheiten) und des jüngst aufgelösten Handelsministeriums in sich begreife.

„Der Herr Leiter des Finanz-Ministeriums sprach die weitere Hoffnung aus, daß es ihm gelingen werde, im Falle Seine Majestät die mehrfach und auch von diesem Comité angeregte Wiederherstellung des Handelsministeriums versügen sollte, diese Abhöhung und Ausgliederung desselben aus den betreffenden Ministerien ohne Erhöhung jener Kosten zu bewerkstelligen, welche dem Staatschafe schon gegenwärtig dadurch auferlegt sind, daß gewichtige volkswirtschaftliche Interessen schon vorläufig die völlige Adjungirung des Handelsministeriums ausschließen und eine getrennte Behandlung sein Geschäftszweige erheischen.

„Das Comité glaubt, daß der hohe Reichsrath sich bestimmt finden dürfe, die von dem Finanzministerium zur Anbahung von Ersparnissen im Personalstande der Centralleitung in Aussicht gestellten Einleitungen zur erfreulichen Kenntniß zu nehmen, gleichzeitig aber den dringenden Wunsch auszusprechen, daß diese Einleitungen nicht nur mit der vollen Berücksichtigung jener Formen, welche sich aus dem von Seiner Majestät bereits prinzipiell anerkannten Systeme der Selbstverwaltung ergeben, in's Leben treten mögen."

Reichsrath Maager: „Beinahe sämmtliche Handels- und Gewerbe kammern der Monarchie haben sich in unterthänigsten Gesuchen an Se. Majestät den Kaiser gewendet und um die Wiederherstellung des aufge lösten Handelsministeriums gebeten. Sie haben sämmtlich die Nachtheile — wenn ich so sagen soll — die sie von ihrem Standpunkte aus wahrgenommen haben, das geringere Interesse für Handel und Gewerbe, welches sich seitdem die Leitung derselben mit ganz anderen Verwaltungszweigen in einer Hand vereinigt, wurde fundgegeben hat, und eben so die Wichtigkeit der Interessen des Handels und des Verkehrs hervorgehoben,

„Reichsrath Maager: „Beinahe sämmtliche Handels- und Gewerbe kammern der Monarchie haben sich in unterthänigsten Gesuchen an Se. Majestät den Kaiser gewendet und um die Wiederherstellung des aufge lösten Handelsministeriums gebeten. Sie haben sämmtlich die Nachtheile — wenn ich so sagen soll — die sie von ihrem Standpunkte aus wahrgenommen haben, das geringere Interesse für Handel und Gewerbe, welche eine besondere Leitung derselben und eine besondere Vertretung dieser so wichtigen Faktoren in dem Rathe der Krone unumgänglich nötig machen. Ich übergehe diese Motive sämmtlich, weil ich voraussehe, daß sie allgemein bekannt sind und auch gewürdig würden. Von meinem Standpunkte aber, als Präsident einer Handels- und Gewerbe kammer der Monarchie, fühle ich mich verpflichtet, den Wunsch und die Bitte hier an die hohe Versammlung zu richten, daß dieselbe Aussprache seinerzeit Nachdruck gebe, daß es die Wichtigkeit einer besonderen Vertretung von Handel und Gewerbe so wie der Boden-Kultur im Rathe der Krone anerkenne und es aussprechen möge, daß ihr die gebührend Würdigung sobald als möglich durch die Errichtung eines besonderen Ministeriums für Handel und Gewerbe zu Theil werde."

Reichsrath Graf Szécsen: „Der Bericht des Comités und die Aufklärung Seitens Sr. Exzellenz des Herrn Leiters des Finanzministeriums enthalten den Wunsch des Herrn Reichsrathes Maager ohne dies. Mit dem Antrage des Comité-Berichtes wäre also die Erfüllung des Wunsches des Herrn Reichsrathes Maager ohnehin ausgesprochen und in Aussicht gestellt."

Reichsrath Trenkler äußerte: „Ich will mir nur erlauben in dieser Hinsicht meinen Dank dem Comité auszusprechen."

Reichsrath Graf Bárkoczy: „Ich habe hier nur einige wenige Worte zu sagen. Ich bin mit dem Komis-Bericht ganz einverstanden, was die Errichtung eines eigenen Handelsministeriums betrifft, und glaube nur, daß es nicht überflüssig sei, hier zu bemerken, daß, wenn schon eine solche Errichtung vorgenommen werden sollte, was allerdings sowohl im Interesse des Handels und der Gewerbe, als auch der sämmtlichen Bevölkerung der Monarchie gelegen ist, es höchst wünschenswerth wäre, daß man bei Organisirung dieses Ministeriums nicht wie bisher die in Österreich üblichen Formen der Bureaucratie festhält, sondern auf die praktischen Exemplar und praktischen Grundsätze, die man im Westen oder bei anderen Völkern und Staaten wahrgenommen hat, Rücksicht nehmen möge.

„Es gibt sehr zweckmäßig eingerichtete Handelsministerien und zwar nicht nur in dem großen England (von dem hier keine Rede sein kann), sondern auch in dem kleineren Belgien und in Holland.

„Ich erlaube also (wiewohl es hier nicht passend und nothwendig ist dieses zu erörtern) — mir die Bemerkung erlauben zu müssen, daß es sehr wünschenswerth wäre, wenn schon die Errichtung eines Handelsministeriums in Angriff genommen werden soll, daß man nicht die bisher befolgten burokratischen Formen, die immer nur mit Schwierigkeiten und grossen Kosten und wenig praktischem Erfolg verbunden sind, einführe, sondern daß man darauf sehe, das Handelsministerium vor Allem in dem Geiste und Wesen, wie sie bei den Völkern im Westen Europa's gelten und dort seit Jahren ihre Wirkung äußern, zurichten."

Hierauf stellte Se. kais. Hoheit der durchlauchtigste Herr Reichsrath-Präsident an die Versammlung die Anfrage, ob nochemand das Wort wünsche, worauf sich Niemand erhob.

(Fortsetzung folgt.)

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 16. Oktober. Die Abreise Sr. Majestät des Kaisers nach Warthau ist nach den bisherigen Anordnungen auf nächsten Samstag den 20. festgesetzt. Se. k. Hoheit der österreichische FML Prinz Alexander von Hessen, Bruder Ihrer Majestät der Kaiserin von Russland, wird Freitag den 19. aus Padua hier eintreffen und Se. Majestät Kaiser Franz Joseph auf seiner Reise begleiten.

Se. Maj. der Kaiser haben dem Vereine zur Breitung von Druckschriften für Volksbildung für das Jahr 1860 einen Beitrag von 100 fl. allernäsigst zuwilligen geruh.

Ihre Majestät die Kaiserin Karolina Augusta haben Allernäsigst geruh, dem s. e. Collegium Borromäum in Salzburg für das laufende Studienjahr wieder die Summe von 3406 fl. 75 kr. als Verpflegungs- und Unterstützungsbeitrag für 40 Böglings zu kommen zu lassen.

Se. kais. Hoh. Herzog v. Modena wird Mittwoch, 17. d. wieder hier erwartet.

Se. kgl. Hoheit Prinz Adalbert von Preußen hat am Samstag mehrere Ateliers hiesiger Künstler, darunter jenes des Bildhauers Herrn Fernkorn, besucht.

Der Herr Landeschef FML Ritter v. Benedek ist gestern von Ocen hier angekommen.

Der franz. Postchaster, Marquis de Moustier, hatte seit seiner Rückkehr von Paris noch keine Audienz bei Sr. Maj. dem Kaiser. Das in Paris verbreitet gewesene Gerücht, derselbe sei der Ueberbringer eines Handschreibens des Kaisers Napoleon an Se. Majestät Kaiser Franz Joseph, scheint somit ein irriges.

Der hiesige kgl. preußische Gesandte, Freiherr von Werther, ist von seinem Sommeraufenthalte nach der Stadt zurückgekehrt und hatte gestern eine Besprechung mit dem Grafen v. Rechberg, so wie mit dem russischen Gesandten Herrn v. Valabine.

Der Beginn der Verhandlungen in dem Prozeß Richter ist nun definitiv für den 5. November anberaumt. Die Vertheidigung des Hauptangestellten, Direktor Richter, wird Dr. J. N. Berger führen. Die Verhandlungen dürften mindestens acht Tage dauern.

In der Sitzung des Generalconvents der protestantischen Kirche A. Conf. vom 11. d. M. wurde der Entwurf der bereits gestern erwähnten Adresse an S. M. den Kaiser verlesen und nach einigen

N. 10561. Edict. (2245. 1-3)

Vom k. k. Tarnower Kreisgerichte werden zufolge Einsturz des Josef Bereziński Curator der Nachlassmasse der Thela-Krasuska Behufs der Zuweisung des mit Erlass der Krakauer k. k. Grundentlastungs-Ministerial-Commission vom 26. April 1855 S. 218 für die im Tarnower Kreise lib. dom. 73 pag. 395 liegenden Gutsanthe Wola Lubecka wovon $\frac{3}{4}$ Theilen dem Felic Zwoliński, $\frac{1}{6}$ Theil dem Johann Kossecki und $\frac{1}{6}$ Theile der Nachlassmasse der Thela de Szymbarskie Krasuska eigenthümlich angehören, bewilligten Urbarial-Entschädigungs-Capitals pr. 2257 fl. 45 kr. C.M. diejenigen, denen ein Hypothekarrecht auf den genannten Gütern zusteht, hiemit aufgesordert, ihre Forderungen und Anprüche längstens bis zum 30. November 1860 bei diesem k. k. Kreis-Gerichte schriftlich oder mündlich anzumelden.

Die Anmeldung hat zu enthalten:

- die genaue Angabe des Vor- und Zunamens, dann Wohnortes (Haus-Nr.) des Anmelders und seines alftäglichen Bevollmächtigten, welcher eine mit den gesetzlichen Erfordernissen versehene und legalisierte Vollmacht beizubringen hat;
- den Betrag der angesprochenen Hypothekarforderung sowohl bezüglich des Kapitals, als auch der allfälligen Zinsen, in so weit dieselben ein gleiches Pfandrecht mit dem Kapital genießen;
- die buchliche Bezeichnung der angemeldeten Post und
- wenn der Anmelder seinen Aufenthalt außerhalb des Sprengels dieses k. k. Gerichtes hat, die Namhaftmachung eines hierorts wohnenden Bevollmächtigten, zur Annahme gerichtlicher Verordnungen, widrigens dieselben lediglich mittelst der Post an den Anmelder, und zwar mit gleicher Rechtswirkung, wie die zu eigenen Händen geschahene Zustellung, würden abgesendeter werden.

Zugleich wird bekannt gemacht, daß derjenige, der die Anmeldung in obiger Frist einzubringen unterlassen würde so angesehen werden wird, als wenn er in die Überweisung seiner Forderung auf das obige Entlastungskapital nach Maßgabe der ihn treffenden Reihenfolge eingewilligt hätte, und daß er ferner bei der Verhandlung nicht weiter gehört werden wird. Der die Anmeldefrist versäumende verliert auch das Recht jeder Einwendung und jedes Rechtsmittel gegen ein von den erscheinenden Bevollmächtigten im Sinne §. 5 des kais. Patentes vom 25. September 1850 getroffenes Uebereinkommen, unter der Voraussetzung, daß seine Forderung nach Maß ihrer buchlichen Rangordnung auf das Entlastungskapital überwiesen worden, oder im Sinne des §. 27 des kais. Patentes vom 8. November 1853 auf Grund und Boden versichert geblieben ist.

Endlich wird dem dem Wohnorte nach unbekannten Miteigentümern Felic Zwoliński und Johann Kossecki bekannt gemacht, daß dieselben für die Verhandlung mit den Hypothekar-Gläubigern einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten 8 Tage vor Tagfahrtung diesem Kreisgerichte umso gewisser namhaft zu machen haben, als widrigens auf ihre Gefahr und Kosten ein Curator ad actum bestellt, und zur Tagfahrtung vorgeladen werden würde.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Tarnów, am 14. August 1860.

N. 953. Edict. (2218. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamt als Gerichte Krościenko wird bekannt gemacht, es sei am 16. November 1841 Franz Bednarczyk zu Maniow bez. einer lebenswilligen Anordnung mit Hinterlassung der Kinder: Andreas, Michael, Bartholomäus, Agnes und Theresa gestorben.

Da dem Gerichte der Aufenthaltsort des Bartholomäus Bednarczyk unbekannt ist, so wird derselbe aufgesondert sich binnen einem Jahre von dem unten gesetzten Tage an, bei diesem Gerichte zu melden und die Erbsklärung anzubringen, widrigensfalls die Verlassenschaft mit den sich meldenden Eltern und dem für ihn aufgestellten Curator Andreas Bednarczyk abgehandelt werden würde.

Vom k. k. Bezirksamt als Gericht.

Krościenko, am 3. August 1860.

L. 953. Edikt.

Przez c. k. Sąd powiatowy w Krościenku czynią wiadomo, iż w dniu 16. Listopada 1841 zmarł Franciszek Bednarczyk w Maniowach bez ostatniej woli rozporządzenia z pozostawieniem dzieci Jędrzej, Michała, Bartłomieja, Agnieszki i Teresy.

Sąd nieznając pobytu Bartłomieja Bednarczyka wzywa takowego, aby w przeciągu roku jednego od dnia niżej wyrażonego licząc, zgłosił się w tymże sądzie i oświadczenie do spadku wniosł, w przeciwnym bowiem raze spadek byłby pertraktowany z spadkobiercami, którzy się zgłosili i z kuratorem Jędrzejem Bednarczyk dla niego ustanowionym.

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd. Krościenko, dnia 3. Sierpnia 1860.

N. 5536. Edikt. (2256. 1-3)

C. k. Sąd obwodowy Nowo-Sądecki niewiadom co do życia i miejsca pobytu Mikolajowi Janiszowi, Maryannie Nagielnej i Franciszkowej Janiszowej, a w razie ich śmierci niewiadom co do nazwisk, życia i miejsca pobytu, ich spadkobiercom i prawonabywcom, niniejszym Edyktem czyni wiadomo, iż uchwałę tutejszego Sądu z dnia 30. Września 1858 do L. 5463 dozwoloną została intabulacja Józefa Janiszaka jako właściciela emsi-

teutycznego domostwa w Nowym-Sączu pod Nr. 298 położonego, tudzież kawałków gruntu ornego pod 3 korce wysiewu pod liczbami topog. 296, 297 i 298 leżących, jednakże z zastrzeżeniem prawa własności zwierzchniczej, przysłużającego folwarkowi pod Nr. 435 położonemu, dla posiadacza jego Daniela Hansa.

Ponieważ miejsce pobytu powyżej wzmiarkowanej osób tutejszem c. k. Sądowi obwodowemu nie jest wiadome, przeto ustanawia się w celu zawiadomienia ich o powyższej uchwalę tabularnej kuratorem ad actum p. adwokata krajowego Dr. Zielińskiego i wręcza się mu dotyczącą rezolucją tabularną.

Z rady c. k. Sądu obwodowego. Nowy-Sącz, dnia 1. Października 1860.

Obwieszczenie.

Nr. 700, 1028, 1994 civ. (2238. 1-3)

C. k. Urząd powiatowy w Żywcu jako Sąd wzywa poniżej wymienionych, a z miejsca swego pobytu niewiadomych sukcesorów, aby się w przeciągu roku jednego od dnia dzisiejszego rachując w tutejszym Sądzie stawili i do spadku również wyrażonych spadkodawców się zgłosili, gdyż w przeciwnym raze spadki te ze zgłoszeniem się sukcesorami i ustanowionemi kuratorami przeprowadzone zostaną, a mianowicie:

- Do spadku po zmarłym na dniu 18. Listopada 1858 z pozostawieniem ostatniego rozporządzenia Mikołaju Kawka z Koszarawy są powołani nieobeśni sukcesorzy Ludwik Kawka, Józef z Kawków Pilchowska i Karolina z Kawków Pacha, którym Jan Wilczek za kuratora przydany został.
- Do spadku na dniu 20. Października 1841 bez pozostawienia ostatniego rozporządzenia Wojciechu Zaziębło jest nieobeśni syn tegoż Ignacy Zaziębło za sukcesora powołany, któremu Bartłomiej Młodyrz za kuratora przydany został.
- Do spadku po zmarłym przed 35 laty bez pozostawienia ostatniego rozporządzenia Michał Kublin z Radzichów jest nieobeśni syn tegoż Wawrzyniec Kublin za sukcesora powołany, któremu Wojciech Cabuta za kuratora przydany został.

Z c. k. Urzędu powiatowego jako Sądu. Żywiec, dnia 2. Października 1860.

Nr. 3735. Kundmachung. (2241. 2-3)

Zur Ueberlassung der Arrestantenbespeisung für das k. k. Untersuchungsgericht von Alt-Sandez auf die Dauer vom 1. November 1860 bis incl. Ende October 1861 im Unternehmungsweg wird eine 2te Licitation am 22. October und im ungünstigen Falle eine 3te Licitation am 29. October 1860 jedesmal um 9 Uhr Früh in der hiesigen Amtskanzlei abgehalten werden. Es werden auch vorschriftsmäßig verfaßte mit dem Badium pr. 70 fl. ö. W. belegte Offerten vor und während der Verhandlung überreicht werden. Die Bedingnisse können in der Registratur eingesehen werden.

Schließlich wird bemerkt, daß die Unternehmer sich vor der Licitations-Commission mit einem bezirksamtlich bestätigten Vermögenszeugnisse auszuweisen haben. Alt-Sandez, am 12. October 1860.

Krakau, am 18. October 1860. (2263. 1-2)

Le Bureau de placements de Jules Noël à Fribourg en Suisse procure promptement des

N. 13359. (2242. 2-3)

Gedict. Bem k. k. Tarnower Kreis-Gerichte wird dem in Amerika unbekannten Detes wohnhaft sein sollenden Lieber Frisch mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, daß Chil Frisch ohne lebenswillige Anordnung gestorben, die Verlassenschaft nach demselben auf Grund der gesetzlichen Erfolge abgehandelt und hiervon Lieber Frisch mit dem Vedeuten verständigt werde, sich binnen einem Jahre zu diesem Nachlaß zu melden, widrigens er bei der Vertheilung des Nachlasses nicht berücksichtigt werden würde.

Da der Aufenthaltsort des Lieber Frisch unbekannt ist, so hat das k. k. Tarnower Kreis-Gericht zu dessen Vertretung und auf seine Gefahr und Kosten den hiesigen Landesadvokaten Dr. Rosenberg als Curator bestellt.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichts.

Tarnów, am 25. September 1860.

(2244. 2-3)

3. 19129. Kundmachung. (2246. 2-3)

Wegen Wiederbeschaffung der erlebten Tabak-Großtrah in Przeworsk, wird bei der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Rzeszów eine Concurrenz-Verhandlung abgehandelt werden.

Die mit dem Badium von 60 fl. ö. W. versehenen schriftlichen Offerte sind längstens bis 25. October 1860, 6 Uhr Abends der gedachten Direction zu überreichen.

Der Verschleiß betrug im Verwaltungsjahre 1855: an Tabak 26,154²⁶/₃₂ Pf. im Werthe v. 16787 fl. 1 kr an Stempelmarken minderer Gattung v. 2017 fl. 5 kr. Zusammen 1880 fl. 6 kr. österr. Währung.

Die Licitationsbedingnisse und der Extragnisausweis können bei der Finanz-Bezirks-Direction in Rzeszów eingesehen werden.

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction.

Krakau, am 9. October 1860.

Intelligenzblatt.

Der Ausschuss der Krakauer Friedetafel

ladel die verehrten Mitglieder, so wie alle jene, welche in die Gesellschaft einzutreten wünschen, ein, sich Samstag, am 20. October 1. J. um 7 Uhr Abends, im Musikaale des hierortigen technischen Instituts befuß einer Berathung über die weitere Wirksamkeit der Gesellschaft einzufinden zu wollen.

Krakau, am 18. October 1860. (2263. 1-2)

Le Bureau de placements de Jules Noël à Fribourg en Suisse procure promptement des

Bonnes, Gouvernantes

et gouverneurs capables et de bonnes moeurs, secondé qu'il est dans sa tâche par des chefs d'instituts de France et de la Suisse française. On peut avoir des renseignements chez le Professeur

Ch. Noël à Vienne, Wallstraße Nr. 265.

Lettres franco avec une marque de retour.

(2262. 1-3)

Rundmachung

der kais. königl. privil. galizischen CARL LUDWIG - BAHN.

Um den Verbrauch von mineralischer Kohle in Galizien zu fördern, hat sich der Verwaltungsrath der k. k. priv. galiz. Carl Ludwig-Bahn veranlaßt gefunden, den bis nun für den Transport dieser Kohle bestehenden ermäßigten Tariffaz für jene Sendungen,

welche von Krakau in ganzen Wagenladungen verfrachtet werden, noch weiters herabzusezen.

Diese Ermäßigung tritt mit 15. November 1860 ins Leben, und der diesjährige Special-Tarif ist in jeder Bahnhofstation zur Einsichtnahme affigirt.

Wien, am 1. October 1860.

Von der k. k. priv. galiz. Carl Ludwig-Bahn.

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge vom 1. August 1859.

Abgang von Krakau
Nach Wien 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Minuten Nachmittag.
Nach Granica (Warshaw) 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Min. Nach
Nach Myślowitz (Breslau) 7 Uhr Früh.

Nach Odrau und über Oberberg nach Preußen 9 Uhr 45 Minuten Nachmittag.

Nach Rzeszów 5,40 Früh, (Ankunft 12,1 Mittags); nach

Przeworsk 10,30 Vorm. (Ankunft 4,30 Nachm.)

Nach Bielszka 11 Uhr Nachmittag.

Abgang von Wien
Nach Krakau 7 Uhr Morgens, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

Nach Odrau
Nach Rzeszów

Nach Bielszka 6,40 Abends.

Abgang von Myślowitz
Nach Krakau 1 Uhr 15 M. Nachm.

Abgang von Szczyrkowa
Nach Granica 10 Uhr 15 M. Vorm. 7 Uhr 50 M. Abend
und 1 Uhr 45 Minuten Nachmittag.

Nach Tschewina 7 Uhr 23 M. Vorm., 2 Uhr 33 M. Nach

Nach Odrau und über Oberberg nach Preußen 9 Uhr 45 M.

Nach Myślowitz (Breslau) 7 Uhr Früh.

Nach Odrau und über Oberberg aus Preußen 5 Uhr 27 M. Abend

Nach Rzeszów (Abgang 2,15 Nachm.) 8,24 Abends, au-

Przeworsk (Abgang 9 Uhr Vorm.) 3 Uhr Nach

Nach Bielszka 6,40 Abends.

Abgang von Myślowitz
Nach Krakau 1 Uhr 15 M. Nachm.

Abgang von Szczyrkowa
Nach Granica 10 Uhr 15 M. Vorm. 7 Uhr 50 M. Abend
und 1 Uhr 45 Minuten Nachmittag.

Nach Tschewina 7 Uhr 23 M. Vorm., 2 Uhr 33 M. Nach

Nach Odrau und über Oberberg aus Preußen 5 Uhr 27 M. Abend

Nach Myślowitz (Breslau) 7 Uhr Früh.

Nach Odrau und über Oberberg aus Preußen 5 Uhr 27 M. Abend

Nach Myślowitz (Breslau) 7 Uhr Früh.

Nach Odrau und über Oberberg aus Preußen 5 Uhr 27 M. Abend

Nach Myślowitz (Breslau) 7 Uhr Früh.

Nach Odrau und über Oberberg aus Preußen 5 Uhr 27 M. Abend

Nach Myślowitz (Breslau) 7 Uhr Früh.

Nach Odrau und über Oberberg aus Preußen 5 Uhr 27 M. Abend

Nach Myślowitz (Breslau) 7 Uhr Früh.

Nach Odrau und über Oberberg aus Preußen 5 Uhr 27 M. Abend

Nach Myślowitz (Breslau) 7 Uhr Früh.

Nach Odrau und über Oberberg aus Preußen 5 Uhr 27 M. Abend

N